

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Hütten)

23 a r m e

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Hermannweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997

Die Verwicklungen im Ruhrgebiet.

Frankreich plant Kohlenbeschlagnahme. — Die Besetzung von Dortmund. Der Wiederherstellungsausschuß soll neue Verschlungen Deutschlands feststellen.

Die neue Lage.

Französische Darstellung.

GA. Paris, 16. Jan. (Fig. Drahtb.) Das
Journal "gibt folgende Beschreibung der
öffentlichen Lage, wie sie durch die Beigerung
von Rohstoffefernungen durch die Begehr
werden ist: Es seien zwei Maßnahmen ins Auge
fassen:

1. Die Requirierung der Rohle mit Gewalt;
2. die direkte Ausbeutung der Gruben.

Die erste dieser beiden Maßnahmen, so schreibt „Beit's Journal“, ist leicht durchzuführen. Es besteht in dem neu besetzten Gebiet bedeutender Vorräte an bereits geordneter Brennstoffen. (Vorher werden einige beschlagnahmt, und werden auf gewisse Zeit den französischen und belgischen Häuflern, ebenso wie den Bedürfnissen der Verwaltung des Abzugsgebietes genügen. Was jedoch Ausbeutung der Eruben angeht, so ist dies etwas komplizirte Sache. Die Kommission der allirten Ingenieure hat fundirt, daß eine gewisse Anzahl der Belgisch-französischen und eine große Anzahl der deutschen Ingenieure bereits jetzt bereit sind, an der Ausnutzung mitzuwirken. (1) Dieser technische Rahmen wird alsbald durch die Einbeziehung französischer und belgischer Spezialisten, die Deutsch sprechen, vervollkommen werden.

Vorläufig aufgeschoben.

2. Paris, 16. Jan. (Draht.) Einer Ha-
ndlung zufolge ist heute abend beschlossen
worden, den für morgen lautenden Befehl, die
deutsche Besatzung auf Wiederherstellung des
gesunden Rohlenmengen im Städte-
Gefängnis zu requirieren, vorläufig 24
Stunden aufzuschieben.

Die Kohlenkontrolle.

Essen, 16. Jan. (Drathb.) Zur Durchfüh-
der Kontrolle des Kohlenversandes haben die
Franzosen auf den Bahnhöfen Essen-Gbf., Werden,
Weim-Appinghofen, Bottrop-Süd und Ober-
hausen Kontrollgruppen eingerichtet,
die durch zahlreiche Kontrollposten
den Güterverkehr und namentlich den
Abgang von Kohlen- und Koks zu-
sammen auf einer Reihe von Stationen im Bereich
dieser Kontrollgruppen überwachen. Auf diesen Sta-
tionen müssen die Güterzüge 15 Minuten
halten. Die Zugführer müssen den Kontroll-
beamten die Begleitpapiere vorzeigen. Diese Kon-
trollmaßnahmen scheinen aber den Franzosen noch
nicht zu genügen, und sie beabsichtigen, jetzt an
jedem Bahnhof eine Kontrolle des Güterver-
kehrs einzurichten. Der Eisenbahnverkehr
im Ruhrgebiet wird sich ihm wesent-
lich auch heute noch fühlbar ab. Die
Kohlen- und den Koksversand von den
angeforderten Wagen werden im bisherigen
Umfange gesteuert, da auch aus dem unbesetzten
Raum wieder leere Wagen in das
Gebiet zurückrufen.

Die deutsche Abwehr.

Berlin, 15. Jan. (Eig. Drabth.) Die russische Frage hat sich ohne Zweifel wesentlich verschärft. Im Westen ist neben verstärkten militärischen Tätigkeiten ein Ansehen der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Da nach Pariser Blättermeldungen reich von Reden die Kohlenlieferungen nicht sein will und der Reichskohlenkommissar die Lieferungen von Kohle an die vertriebsbrüchigen überhaupte verboten hat, war mit Zwangsmaßnahmen von vornherein zu rechnen. Das ist aus dem militärischen und wirtschaftlichen Stand wird aber auch eine Verstärkung der eigenen Abwehrmaßnahmen ohne Zweifel mit sich bringen. Es gibt keine Zeichen an Frankreich und Belgien, daß sie mit Frankreich verhandeln mit diesen Staaten unter dem Druck dieses militärischen Aufgebots und während der Dauer der Kriegsführung. Daran können auch alle Zwangsmaßnahmen nichts ändern. Dieser von dem gesamten Volk beklagte Standpunkt schließt nicht aus, daß Deutschland auch weiterhin auf eine vernünftige Lösung des Wirtschaftsproblems Verhandlungen mit den westlichen Entente eingeleitet, wenn

ein derartiges Ersuchen an die deutsche Regierung herantreten sollte. Unter seinen Umständen aber werden irgendwelche Sonderverhandlungen mit Frankreich oder Belgien aufgenommen werden.

Infolge dieser Auffassung ist auch der Verkehr mit den einzelnen gemischten Kommissionen, in denen also Vertreter aller Interessenten sitzen, außerordentlich worden. Die Kriegskostenkommission verhandelt nach wie vor mit dem Wiederherstellungsausschuß und außerdem werden die laufenden Arbeiten mit der Kontrollkommission, dem Schieds-, Grenz- und Grenzkommissionen fortgesetzt. Man darf in dieser Laufsache also kein Abweichen von der eingeleiteten Politik sehen. Man ist sich im Allgemeinen in allen Kreisen des Parlamentes und der politischen Stellen darüber klar, daß ein Abweichen oder auch nur ein Nachlassen von so verhängnisvollen Folgen begleiht sein würde, das demgegenüber die Bedrohungen, unter denen ja vielleicht nicht nur die Angebevölkerung, sondern im gleichen Maße und vielleicht in noch viel höherem Maße die Bevölkerung im Reich stehen wird, das geringere Uebel find. In den steigenden französischen Preisen ist man übrigens mit dem allseitigen Gang der Dinge sehr wenig zufrieden. Man hat sich die Ueberrachmeder produktiven Länder viel einfacher gedacht und schied die Hauptschuld an dem Verlagen nicht nur auf die deutsche Regierung, sondern auch auf Ungünstigkeiten des französischen technischen Kommissars. Ueber die Art der geplanten Kohlensteuer ist man sich noch nicht im klaren. Man will sie aber so bald wie möglich einführen, um überhaupt zu Ergebnissen zu kommen. Neben der Ausdehnung der Besatzungszone nennt man hier die Requirierung der Bergwerke als nächste dringlichste Maßnahmen.

**Wirtschaftlicher Druck
und Gegendruck.**

GA Essen, 15. Jan. (Welsch. unö. Sonder-
erichterstatters.) Mit dem ergeb-
nislosen Abbruch der Verhand-
lungen zwischen den Zeichensetzern und
der Kontrollkommission der Zige-
rieure ist die neue Lage folgende:

Die Zechenbesitzer werden bei der bereits im Vorstehenden der Ingenieur-Kommission gegebenen Erklärung stehen bleiben, daß sie nur die Vorteile des deutschen Reichskommisars ausführen werden. Aus diesem Grunde wird der in der Sitzung ausgehängte Befehl der Kontrollkommission, unverzüglich die Ausführung der Kohlen- und der Eisenlieferungen für die Wiederherstellung an die betroffenen Länder zu den von dem Wiederherstellungsausschuß festgesetzten Bedingungen vorzunehmen, unausgeführt bleiben. Hingegen sei darauf, daß in der heutigen Sitzung bei der Erklärung von Thyssen diese ohne Weiteres für geschlossen erklärt wurde. Es erfolgte keine Erhöhung der Androhung von Konfiskationen und Arrestationen. Dies berechtigt jedoch nicht zu dem Schlusse, daß mit Druckmitteln, wie der Schlaganahme von Kohle bei den einzelnen Zechen und Inhaftierung der führenden Industriellen, seitens Frankreichs nicht zu rechnen sei.

Der Herr des Reichslohlenkommiffars

hier bezeichnet man die neue Lage zwar als
erf. geschnitten, aber als nicht verschlechtert. Man
sah schon bei den Verhandlungen am 13. Januar
Eindruck, daß die Kontrollkommission die
wichtigsten vollständig untersucht, die sich bei
deren Gegenmaßnahmen wirtschaftlicher
ergeben. Durch das klare Verbot des Vieh-
aufkommens für die Vieh- und eindeutig ge-
nommen, eine Art Oberaufsicht über das Kohlen-
übernehmen zu können und auf diese Weise
Hilfe dieser Verbandsorganisation und unter
tätigstem Druck die Reparationskohlenlieferun-
gen in der von Frankreich gewünschten Höhe zu er-
reichen. Durch die Vertagung des Syndikats ist
Methode unmöglich geworden. Im besetzten
et und im neubefreiten Gebiet sind die Sachen
worden, so daß es gefährdete Kohle nach
wirtschaftlichen Gesichtspun-
ten werden können. Es sind keine
Energieerzeugungsfirmen, die an der Kohle unbe-
stimmtes Privateigentum haben. Durch die dann
erfolgte Erklärung des Reiches, daß die Repara-
tionskohlenlieferungen eingestellt werden, hängt
derartige Forderung der Sachen im neubefre-
ten Gebiet in der Luft. Es fehlt nämlich
keinem Zahlungsversprechen.
n. Das Reich leistet keine Markzahlungen
den Sachen, ohne Gegenleistung aber können die
an die Kohlen nicht abgeben, da bei den heu-
tungehörigen Zahlungssummen in franzö-
sischen die Mittel fehlen würden, um die Be-
anspruchungen; Reparationskohl-

senlieferungen sind daher nach wie vor unmöglich. Da die Reichsregierung zunächst die Frage offengelassen hatte, ob man Frankreich und Belgien im Wege individueller Kohlenlieferungsverträge verkaufen solle und nicht, haben die Bedenkthäter in der Sitzung am 13. Januar unter Vorbehalt der Zustimmung des Reichskohlenkommissars sich bereit erklärt, Kohlen gegen Darzahlungen an Frankreich zu verkaufen. Es ist ein gewaltiger Irrtum, wenn angenommen wurde, daß dadurch man sich bereit erklärt habe, daß die Reparationskohlenlieferungen unter dem Druck der Lage wieder ausgenommen würden. Davon war überhaupt nie die Rede. In der Sitzung am 13. Januar hat Thibben als Vorsitzender der deutschen Bedenkthäter ausdrücklich erklärt, daß Reparationskohlenlieferungen unmöglich seien, daß man nur unter dem bekannten Vorbehalt eine wesentlich geringere Menge von Kohlen gegen bar verkaufen könne.

Die Frage der Kohlentwegnahme.

Durch das Verbot des Reichskohlenkommissars ist auch dies unmöglich geworden. Für die Kontrollkommission besteht jetzt als neue Gegenmaßnahme die Beschlagnahme von Kohlen bei den einzelnen Zügen. Mit dieser Beschlagnahme in den nächsten Tagen wird gerechnet. Selbstverständlich aber dabei, wie groß der Umfang der Beschlagnahme ist. Da sich in der Hauptmenge der Kohle im neubefestigten Bezirk unsere großen Industriewerke in der Hauptsache teilen, würde die Wegnahme der Kohle diese in Mitleidenschaft mit hinein ziehen und die Arbeitslosigkeit einleiten. Eine Maßnahme, die Frankreich vermeiden will, um seine Arbeiterunruhen entstehen zu lassen. Und wichtiger aber ist bei einer Kohlenbeschlagnahme die Schwierigkeit, daß die Beschlagnahme bei jeder einzelnen Vertriebsstätte und Kohle durchzuführen werden muß. Es läßt sich gar nicht absehen, wie die Beschlagnahme Kohle abtransportiert werden kann da der Verkehrsorganismus überhaupt schwieriger ist und er vorläufig gleichfalls in die Hände der deutschen Eisenbahndirektion. Ob diese eine Verfrachtung vornehmen wird, um keine Verletzung der Frachten erfolgt, ist sehr ungewiß. Es dürfte sich hier der Fall ereignen, daß eben ein Verbot des Reichsverkehrsministers ergeht.

Nichtliche Bedenken.

Bei der Kohlenbeschlagnahme ist weiter die rechtliche Seite noch voller Schwierigkeiten. Den kriegsfeindlichen Reagen gegenüber die Kohlenbeschlagnahme ein Eingriff in Privateigentum. Die deutschen Herrenbesitzer haben in der heutigen Sitzung das ein juristisches Gutachten dem Monsieur übergeben, das nachweist, daß es keine Liebesvertrags- oder sonstige völlerrechtliche Bestimmungen gibt, wodurch die Beschlagnahme privaten Eigentums zulässig sei. Die Gegenseite hat es ablehnt, in der Sitzung zu diesem Gutachten Dr. Späting (Thyssen-Lager) Stellung zu nehmen. Man gab als Antwort nur den bekannten Bescheid.

Beibehaltung der Kohlensteuer?

ganz ähnlichem Gegenstand steht auch die
die Aufkaffung über sonstige wirtschaftliche
gen und Fragen aus der neuen Lage. Die
nahme einer Kohlensteuerbeschlag-
me beurteilt man als nicht geeignet, um
nreich den Erfolg zu sichern oder es dem Er-
wehens näher zu bringen. Die Kohlen-
r von 40 Prozent auf den Nettofondationspreis
den Rohlenabnehmern vom Rohlenfabrikat
Bruttopreis berechnet und im Bege der Ver-
ung an das Reich abgeführt, so daß der Be-
faher tatsächlich nur den Nettopreis erhält.
diesem Zustand ist nichts geändert in jenen
engebieten, die noch nicht besetzt sind. In jenen
Gebiet steht jetzt diese Verrechnungsstelle,
muß daher wiederum eine Kohlensteuerbe-
nahme erfolgen bei den einzelnen Be-
. Diese ist sofortig und verlangt eine Kon-
e jeder eingehenden Zahlung.
derweise muß auch in Konsequenz des Bes-
des Reichsregierung damit gerechnet wer-
daß gegen eine Beschlagnahme des Reich-
im Verbot der Kohlensteuerzahlung an den
unbesitzer antwortet und verlangt, daß jeder
Einkäufer und Kohlenabnehmer die Steuer
st auf das Reich abführt. Auch das Ergeb-
nien allenfallsigen Kohlensteuerbeschlagnahme
für Frankreich keinen Erfolg bedeuten. Der
a der Kohlensteuer wird nicht so groß sein,
amit Kohlen bar gekauft werden konnten in
nem Umfange als Reparationskohlenliefer-
n erfolgen. Nach den bisherigen Schätzun-
gen sollen der militärischen Aktion im Ruhrge-
bieten diese schon wesentlich höher sein als
Kohlensteuerzuschüsse. Ein wirtschaftl. Mi-
n wird sich also aus der Kohlen-
r nicht erheben.

Ein autonomes Kohlenstudiat.

...toren verbinden französische Arbeiter,
die Kontrollmission ein neues auton-
omiesinstitut zu errichten gebens.
Es zu sagen, daß ein besonderer Organismus

erst in Monaten zu schaffen ist. Für alle Fälle wird man die Verwirklichung dieses Planes in Ruhe abwarten können. Besondere Schwierigkeiten werden dann, ganz gleichgültig, welche Maßnahmen Frankreich ergreifen mag, in der Verhältnisse des Ausdrucks nicht sich noch ergeben. In letzter Zeit gingen sehr viele WaggonS heraus, aber wenig gingen zurück. Bei geringerer Waggonverfügung wird der Abtransport bei zurückgehender Förderung ins Stoden kommen und es wird nicht bald damit zu rechnen sein, daß Frankreich diese Schwierigkeiten überwindet.

Das drohende Chaos.

Es bleibt also immer bei der Prüfung der Tragweite der Repressalien Frankreichs eine Fülle ungeklärter Schwierigkeiten, die das eine als wahrscheinlich erkennen lassen, daß Frankreich besser gethan hätte, sich mit den Reparationsföhlen zu begnügen, als sich in das gewagte Unternehmen einzulassen. Abgesehen davon, daß die Föhle zu holen, der Druck und Gegendruck wird allerdings das Wirtschaftsleben im Industriegebiet, das Bergbauwesen, das Steuerwesen, die Arbeitsförderung, die Freiheit des persönlichen Eigentums in einem großen Maßstabe stürzen. Wenn dem französischen Seite betont wird, daß dieses Land Deutschland selbst herauszufordere, so werden die Lasten damit auf den Kopf gestellt.

Der Schutz des Privateigentums.

GA. Offen, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) In den heutigen Verhandlungen der Jechenbesser mit der französischen Kohlenkontrollcommission bemerkte der Vertreter des Jychenbongers Dr. Späting: Ich kann nur sagen, daß alle Mitglieder am Samstag unter dem Eindruck geblieben haben, daß unsere Vorfälle angenommen waren. Wenn Herr Jchte das nicht genau hätte, würden wir weitere Aufklärung erheben haben. Herr Jychen hat betont, daß wir den deutschen Gesetzen unterworfen sind. Wir haben uns aber, als wir vorgelam als Vertreter privater Jechenunternehmen hierher auf Ihren Ruf kamen, die Frage gestellt, wieviel die französische Commission befugt ist, auf private Unternehmen zwangsweise einzuwirken. Hierzu machte Dr. Späting ungefähr folgende Ausführungen, die er auf die Erklärung des Deklamers, diesen Bericht schwer überlegen zu können, gegendernam schriftlich festlegte: Für die industriellen Werte und für alle privaten Personen ist nach dem Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet die Frage von Bedeutung, ob nach dem Versfaller Verträge und nach dem Völlerrecht sowohl man von beiden heute überhaupt noch rechnen kann — Gefahr für das private Eigentum steht. In dieser Hinsicht ist besonders wichtig auszusprechen, daß der Artikel 248 des Friedensvertrages, auf den die sogenannte Wandelstil gestützt wird, folgendem Wortlaut hat:

Unter Vorbehalt der von dem Wiedervereinigungs-
Rathschuß bewilligten Ausnahmen hoffen das deutsche
Reich und alle Einzelstaaten des Deutschen
Reiches und die deutschen Staaten an erster Stelle
für die Begehung der Kosten der Wiedervereinigung
und aller anderen Lasten, die sich aus dem ge-
wöhnlichen Verträge oder aus allen ihn ergänzenden
Verträgen oder Uebereinkommen ergeben.

Begegnung der Anwesenbarkeit dieses Artikels in dem
folgenden Fall hat sich unser Reichsaussenmin-
ister Dr. Rosenberg in seiner bekannten Erklärung
am 9. Januar 1923 mit Recht gewendet. Ganz ab-
gesehen von dieser Auffassung, ist es aber für Pri-
vateigentum belangreich, festzustellen, daß in diesem
Jahre 1928 nur von Haftung des Staats-
fiskales und der Einnahmequellen des
deutschen Reiches und der deutschen Staa-
te die Rede ist. Privateigentum ist
nicht aufgeführt worden. Das Privateigen-
tum kann somit durch die Währungs-
politik nicht ge-
rührt sein.

Zu demselben Ergebnis kommt man, wenn: man den Vertrag, sondern das Völkerrecht zu- grunde legt. Die Frage, welche Willkür militärische Gewalt auf diesem gegenüberlichen Gebiet hat, im Jänner Abkommen über die Geleise und Geleise des Landkrieges vom 18. Oktober 1906 ge- stellt, welches Abkommen seinerzeit im Haag von Konferenzmitgliedern, einschließlich Frankreich, Bel- gien und Deutschland, genehmigt wurde. In den Art. 42 und folgende dieses Abkommens bestimmt, daß die militärische Gewalt, soweit zwingender Grund besteht, die Landes- besatzungen zu beachten hat, daß Leistungen nur die Bedürfnisse des Besatzungsge- biets decken dürfen, daß sie aber zu- rückzuführen sind, daß das Privatvermögen zu beachten ist und nicht angegriffen werden darf. Diese Grundzüge würden Ver-letzung zu finden haben, wenn es sich um mili- tärliche Besetzung feindlicher Gebiete im Laufe eines Krieges handeln würde. Wieviel mehr müßte daher jedenfalls als Mindestmaß des- wegen des Privatvermögens im- liegenden Falles zur Anwendung kom- men die französische Regierung erklärt, durch Besetzung des Ruhrgebietes eine kriegerische- tabelle nicht vorgenommen zu haben. Daraus- unterhandelt, daß der Düsselbacher General- freitrag von Kompensationen habe sprechen

handelt es sich um Miß Rockefeller, die reichste Frau der Welt, die Hauptrolle des „Films ohne Namen“. Der Film beginnt auch in nächster Zeit hier nach Berlin und wird im Union-Theater, Unter den Eichenstraße, zur Verführung kommen.

Der Verlauf der Montag-Sitzung.

GA. Offen, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Aus der am Abend herausgegebenen Mitteilung über den Verlauf der heutigen Besprechungen der Sachverständigen mit der französischen Ingenieurkommission ist noch folgender Gang der Verhandlungen hervorzuheben:

Der Vorsitzende Baron sagte: Die Herren erhalten einen schriftlichen Bericht, mit dem Kohlenlieferungen trotz des inoffiziellen Befehls des deutschen Reichskommissars wieder anzulassen.

Der Vorsitzende der deutschen Kommission, Fritz Thibien, bittet, daß über die Verhandlungen ein Protokoll geführt werde. Er habe gehört, daß in den Pariser Zeitungen Berichte über die Besprechungen erschienen seien, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmen. Er wolle die Angelegenheit klarstellen und ist es ihm wichtig, daß ein Protokoll geführt werde. Er habe auch gehört, daß die deutsche Seite die von den Herren schriftlich abgegebenen und auch mündlich abgegebenen Erklärungen angenommen habe. Nach den Erklärungen seien die Sachverständigen nach wie vor den Beschlüssen der Reichskommission verpflichtet. Er müsse erklären, daß wenn mit ein entgegenstehender Befehl übergeben wird, die von den Herren abgegebenen Erklärungen nicht anzuwenden seien.

Baron macht darauf in französischer Sprache Ausführungen in denen er bestreitet, daß die Kommission die Erklärungen der deutschen Sachverständigen angenommen habe.

Fritz Thibien: Ich muß dem widersprechen. Herr Baron hat uns gegeben, schriftliche Erklärungen mit Namensunterschrift zu überreichen. Nachdem wir das getan haben, hat Herr Baron erklärt: Nachdem die Erklärung vorliegt, liegt für mich keine Veranlassung vor, Befehle zu erteilen. Das ist nach meiner Ansicht klipp und klar die Akzeptierung dieser Erklärung.

Baron: Herr Thibien hat gesagt, daß der Herr Präsident seine dem Vorredat angenommen hätte. Was die Befehle des Reichskommissars angeht, darüber habe ich nichts zu sagen. Ich kann nur sagen, daß die Befehle des Reichskommissars nicht anzuwenden sind. Aber ich kann sagen, daß nach meiner Erinnerung Herr Präsident seine Befehle nicht erteilt hat, daß er die Befehle des Reichskommissars nicht anzuwenden.

Fritz Thibien wiederholt seine vorherigen Ausführungen, nach denen Herr Baron die Überzeugung der Erklärungen, für ihn liege keine Veranlassung vor, den Herren Befehle zu erteilen. Hiermit gibt Dr. Späth sein oben mitgeteiltes Gutachten ab.

Baron will nun die Diskussion für beendet erklären und den Herren den schriftlichen Bericht übergeben, dessen Inhalt sie ihm bestätigen sollen.

Thibien: Ich bestätige nochmals auf sein Ersuchen, ein Protokoll über die Verhandlungen aufzunehmen.

Baron: Ich kann Ihnen keine Antwort geben. Er bemerkt darauf, daß Herr Thibien sich eine Sekretärin mitgebracht habe.

In die Verhandlung treten noch Loos und Gehlert. Herr Baron bemerkt, daß die Unterdeutschen schon unter dem Befehl des deutschen Reichskommissars in Stellung stehen und er daher von Offen keine Befehle entgegennehmen könne.

Baron kann darauf keine Antwort geben und sagt: Prüfung der Sachlage zu.

Thibien betrachtet nunmehr die Ansprache über die deutschen Kohlenlieferungen als erledigt und regt die Besprechung weiterer Fragen an, so die Anforderungen von Stahlwerken durch die Franzosen. Die deutschen Sachverständigen wollen nur Befehle geben, soweit dabei keine Geheimnisse verletzt werden.

Baron bemerkt, er hoffe, daß die geforderten Angaben nicht in die Geheimnisse eingreifen würden. Er will ein anderes Mal über die anderen Sachen sprechen und überläßt den Herren den bereits mitgeteilten Bericht, unverzüglich zur Ausführung der Wiederherstellungsarbeiten an Kohle und Roheisen an die Eisenwerke zu überlassen.

Thibien: Ich kann nur für mich persönlich erklären, daß ich den Befehl erhalten habe.

Baron: Sie haben unseren Befehl bekommen und mit diesem Befehl beauftragt. Ich frage Sie, ob Sie diesen Befehl befolgen?

Thibien: Ich muß erklären, daß wir uns verpflichtet halten, den Befehlen des Reichskommissars zu folgen. Damit war die Sitzung beendet.

Neue Verhandlungen.

WTB. Düsseldorf, 15. Jan. (Drahtb.) Die von der Regierung mitgeteilte wird, wünscht General Degoutte morgen nachmittag die Leiter der Bergbauabteilungen folgender Unternehmungen zu sprechen: Gute Hoffnungshütte, Gewerkschaft Friedrich Thibien, Wöhlig, Rheinisch, Fried. Krupp, Stahlwerk Hoechst, Essener Eisenhütten-Bergbau, Mannesmann, König Wilhelm, Vöhringer Hütte, Bergwerksverein, Harpener, Gelsenkirchener Bergbau. Von Arbeitnehmersvertretern sollen sich die drei Reichstagen Christliche, Freie Gewerkschaften und Gewerk-Dunder der Metall- und Bergarbeiter zur Besprechung einfinden.

Ausdehnung des französischen Kriegsplanes.

WTB. Paris, 15. Jan. (Drahtb.) Der Sonderberichterstatter der Passagierzeitung in Düsseldorf meldet: Auch heute hatte der Leiter der französischen Ingenieurkommission, Colke, die deutschen Industriellen nach dem Kaiserhof zusammenberufen, um sich mit ihnen über die Kohlenlieferungen zu verständigen. Um 9.30 Uhr gehen abend bei ein deutscher Bergbauindustrieller erschienen und habe erklärt, die deutschen Industriellen und Bergwerksunternehmen könnten der Einladung nicht nachkommen, da die deutsche Regierung Anweisung geschickt habe, durch die jede Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien, unter welchen Bedingungen auch immer, untersagt wird. Das ist der Abbruch der Verhandlungen gewesen. Als bis jetzt getroffenen Dispositionen seien hinlänglich gewesen. Angesichts dieses Befehls der deutschen Industriellen habe General Degoutte die Ausdehnung der französischen Truppenbewegungen angeordnet, die heute vormittag 7.30 Uhr begonnen habe. Die Truppen seien bereits am 15. Jan. 15 bis 20 Kilometer in der Richtung auf Dortmund vorzurücken.

Der Berichterstatter berichtet, daß im Ruhrgebiet eine allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung und ein Mangel an Brotgetreide eingetreten sei.

Colke hat heute vormittag eine Besprechung mit dem Finanzminister de Laforcie und dem Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer. Nach dem

Temel: habe die Ministerkonferenz beschlossen, wenn die Bergbauindustriellen ihre Haltung nicht änderten, würde man sich die Kohlen- und Holzlieferungen, die für die Reparationen erforderlich seien, durch Requisitionen verschaffen. Die Angelegenheit werde dann nicht mehr allein Sache des Ingenieurs Colke sein, und es hätte General Degoutte einzutreten.

GA. Bochum, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Die französischen Besatzungstruppen sind, wie man jetzt erkennen kann, in drei Staffeln vorgegangen. Die südliche Staffel hat das Aachener Gebiet durchzogen, und ungefähr um dieselbe Zeit, als die Spitze der mittleren Staffel das Bochumer Rathaus erreichte, die Stadt Aachen an der Ruhr besetzt, von wo aus eine Abteilung weiter in Richtung Weiden vordrängte. Die nördliche Staffel marschierte am Dortmund-Deine-Rail entlang auf Mangel-Wengede, um Anschluss an den Dortmunder Hauptbahnhof zu gewinnen. Wie aus Gattrop gemeldet wird, trafen die ersten Truppen der südlichen Staffel in Gattrop westlich von Gattrop, ein. Eine zweite Abteilung kam um 12 Uhr mit dem Sonderzug aus der Richtung Weiden. Sie fuhr nach Weiden, wo sie angekommen wurde, und marschierte weiter nach Aachen und Dorsfeld. Eine Abteilung Kavallerie besetzte am 14. Jan. nachmittags Gattrop. Ein Teil ging weiter nach Mangel, Weiden und Gattrop. - Idem ab.

h) Offen, 16. Jan. (Drahtb.) Der gegenwärtige Umfang der Besetzung erstreckt sich im großen und ganzen über eine 100-Kilometer-Linie. Sie geht von der Lippe-Brücke zwischen Datteln und Offen über Weiden nach Dorsfeld bei Dortmund und über Aachen bis nach Herde, Dorsfeld vor Dagen, mit dessen Besetzung wohl heute noch zu rechnen ist. In der Richtung auf Aachen haben die französischen Truppen Gesefeld besetzt.

Heute laufen dauernd neue große Truppentransporte auf mehreren Stationen des Ruhrgebietes ein, so daß mit einer baldigen weiteren Ausdehnung der Besetzung gerechnet werden muß.

Poincare über die Ausdehnung der Besetzung.

GA. Paris, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Poincare hat heute nachmittag die englischen, amerikanischen und italienischen Vertreter empfangen. Er sagte ihnen u. a. m., daß die Besetzung der Zone, die heute besetzt werden soll, morgen vollendet sein wird. Auf die Frage, ob die Ausdehnung der Besetzung wegen der absehbaren Haltung der deutschen Industriellen erzwungen wurde, erklärte Poincare: Sie gelange hauptsächlich wegen der französischen Bedenken an Kohle. Poincare erklärte weiter, daß das deutsche Reich die Befugnis im besetzten Ruhrgebiet ausüben werde es mit seiner Hilfe möglich sein, die Kohlenförderung im besetzten Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten. Im Ruhrgebiet werde Frankreich die Reparationspolitik realisieren. Alle Kohlen würden bis auf weiteres von den Alliierten, die die Kohle erhalten, geordert werden. Poincare betonte, daß er die französische Delegation in den Wiederherstellungsausschuss angeordnet habe, wegen der Einstellung der deutschen Kohlenlieferung eine vorläufige Reparationspolitik festsetzen zu lassen.

Der Ministerpräsident erklärte sich nicht über die vorläufige weitere Einstellung der Zone. Er betonte nur, daß alle Nachrichten über eine angebliche Abreise Poincares falsch seien. Er habe weder Optimismus noch Pessimismus zu erkennen. Man dürfe aber den Eindruck, daß die im Ruhrgebiet zu findenden Schwierigkeiten Poincare große Sorgen bereiten.

Dortmund besetzt.

WTB. Dortmund, 16. Jan. (Drahtb.) Um 11.45 Uhr sind die ersten französischen Truppen in Stärke einer Kompanie Infanterie in das Zentrum der Stadt eingerückt. Während des Einmarsches kreiste ein Flieger über der Stadt. Inzwischen sind zwischen den Truppen und den Bürgern keine Zwischenfälle zu verzeichnen. Weitere Truppentransporte folgen zu Fuß und mit der Eisenbahn. Bisher ist nur der Dortmunder Hauptbahnhof besetzt worden. Der Magistrat forderte die Bürger auf, beim Einzuge der Truppen die Straßen zu verlassen.

GA. Paris, 16. Jan. (Eig. Drahtb.) Die Besetzung Dortmunds wird im allgemeinen von den Alliierten geteilt, daß Dortmund die hauptsächlichste Zentrale für die Versorgung mit elektrischer Kraft im Ruhrgebiet sei. Am 15. Jan. (Eig. Drahtb.) der Grund für die Besetzung Dortmunds sei in der Hauptsache darin zu suchen, daß die deutsche Regierung den Alliierten geantwortet habe, eine Anzahl von Waggonen aus dem Ruhrgebiet wegzufahren. Um jeden Versuch einer neuen Flucht von Transportmitteln zu verhindern, wurde die Besetzung von Dortmund und seiner unmittelbaren Umgebung als eines wichtigen Anknüpfungspunktes für die Eisenbahnen unumgänglich durchgeführt. In dem gleichen Artikel des „Journal“ wird mitgeteilt, daß die Besetzung der Arbeiter und der allgemeinen Unruhen im Ruhrgebiet direkt durch Frankreich in Vapiermarkt ausgelöst wurde, in Ermittlung einer demnächstigen Schließung einer neuen Mine.

WTB. Hagen, 16. Jan. (Drahtb.) Das in Vordalle liegende Detachement französischer Kavallerie ist nach Dortmund abgerückt.

Blutiger Zwischenfall in Bochum.

Bochum, 15. Jan. (Drahtb.) Heute abend ist es hier zu bedauerlichen Zwischenfällen gekommen. Vor dem Eisenbahnhofsgebäude haben sich größere Zusammenkünfte. Weitere Aufstände entstanden vor dem Rathaus, was die Franzosen veranlaßte, unter Gewehr zu treten. Kurz vor 8 Uhr kam es zu Zusammenstößen vor der Handelschule. Bald zog ein Trupp von 500 Leuten die Königstraße entlang unter Abfiringung eines Schusses, gegen Frankreich gerichteten Liebes. Die Franzosen schossen zunächst mit Gewehren, dann mit Maschinengewehren in die Menge, wobei ein Mann getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Während die Schüsse fielen, ließ eine Gruppe von Kommunisten, die vorher den Gesang der Dritten Internationale angestimmt hatten, die französischen Soldaten am Bahnhof hochleben mit dem Ruf: Es leben unsere französischen Brüder! (Welche bedauerlicherweise Geistesverfassung spricht aus diesem Benehmen!)

Bochum, 16. Jan. (Drahtb.) Der bei den gestrigen Unruhen erschossene junge Mann heißt Joseph Biene und stammt aus der Laubestraße. Nach der Darstellung der Truppen soll der Mord aus der Menge heraus mit Revolvern begangen sein. Zunächst wurden Schreie ausgeführt. Als die Menge sich nach dem noch nicht ermittelten, wurde sofort geschossen.

Bochum, 16. Jan. (Drahtb.) Nach den gestrigen unruhigen Vorfällen ist die Stadt vollkommener Unruhe. Bürger und Arbeiter gehen ihren gewohnten Geschäften nach. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister haben dringende Mahnungen zur Ruhe und Besonnenheit erteilt. Die Straßen bieten das gewohnte Bild. Nur vereinzelte Parteien und einzelne von Zeit zu Zeit die Straßen durchziehenden, erinnern an die Laune der Besetzung.

Unter der Fuchtel.

GA. Offen, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Der französische General Lequellier, Vizepräsident einer französischen Infanteriedivision, hat folgenden Befehl erteilt: Es sind Vertreter zu ernennen, und zwar vom Oberbürgermeister u. Polizeipräsidenten, die in der Nähe des Rathauses wohnen, dem die des Generals, Wohnung nehmen müssen. - Tausch sind vom Oberbürgermeister und vom Landrat je ein Stadtkommissar bestimmt worden.

Theater.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns aus Offen: Die jetzt die Opern am Rathaus beim Einzug auf „Theater“ eingestellt war, war daraus zu erhellen, daß der französische General im Auto bis zum Rathaus aus- und fuhr, dort das bereitgestellte Pferd bestieg und dann die 50 Schritte auf den Markt ritt, um von den Truppen mit Salut begrüßt zu werden. Wohl am 20. Photographen waren am Rathaus auf dem Markt tätig, um den Ausbruch festzubilden.

Maßnahmen und Willkür.

GA. Weiden, 15. Jan. Die französischen Truppen, die Sonntag abend von Weiden über Dorsfeld kommend, die eintraten, Kavallerie in Stärke von 300 Mann mit einem General, 2 Stabskommandanten und 30 Offizieren, zogen durch die Stadt bis zum Bürgerhaus, das sie besetzten für das Rathaus. Vom Bürgerhaus aus wurde der General zum Bürgermeister und forderte diesen auf, ihn am Bürgerhaus zu empfangen. Das Stadtbürgerhaupt aber ließ ihm melden, daß er in seinem Amtssitz immer zu sprechen sei. (Es ist erwidert, daß auch unter Bürgermeister gleich seinen Ehrentiteln. Der Bürger gegenüber der französischen Annahme die richtige Haltung gefunden hat.)

Seitens, 15. Jan. Den ganzen Tag über haben französische Truppenbewegungen über Weiden, Weiden, Weiden und Weiden in Richtung auf Dortmund oder Hagen stattgefunden. Ausgesprochen ist keineswegs wieder mit der Kompanie besetzt, die über Nacht oder die Nacht über nachgekommen sind. Seitens abend wurde in Weiden eine sehr starke Kontrolle von Zivilpersonen durch die Franzosen vorgenommen. Eine 30 Personen, die ohne Ausweis betreten wurden, wurden festgenommen, und erst am anderen Morgen freigelassen. Auch vier Tage lang die Annahme der Franzosen. Colson noch von seiner eigenen Besetzung von Weiden die Rede sein kann, aber man dennoch eine Kontrolle aus und verläßt Personen ohne Ausweis. Die verurteilten Zivilisten muß man immer bedenken. Es liegt daher im eigenen Interesse, das neue Gesetz oder von Franzosen überhaupt berührt werden nur mit Ausweis zu betreten.

Erzigt eine Besetzung des Wuppertals?

Diese Frage bildet in den Wuppertalstädten das Hauptgesprächsthema. Dabei wird der Phantasie der weichen Spekulation gelassen und wilden Gerüchten jenseits der Wahrheit. Immer wieder tauchen Leute auf, die sich den Anschein geben, insofern ihrer Beziehungen zu Behörden besonders gut unterrichtet zu sein, und verbreiten Nachrichten, die zwar wohl geeignet sind, Verunsicherung hervorzurufen, aber doch durchaus erfinden sind. Gehten wurde sogar mit angeblichen amtlichen Bekanntmachungen Unfug getrieben, die in Barmen angehängt gewesen seien, und in denen mitgeteilt worden sei, daß Barmen besetzt werde. „Glaubwürdige“ Personen hätten sie selbst gelesen, und doch haben sie gar nicht existiert. Man sollte in dieser ernsten Zeit nicht unnötig seine Mitmenschen erregen und nur Meldungen verbreiten, die auch tatsächlich verurteilt sind. Gewiss ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen auch in das Wuppertal eindringen. Bis jetzt liegen dafür aber Anhaltspunkte nicht vor. Es ist zu erwarten, daß die Franzosen mit einer Besetzung nicht zu rechnen zu sein. Nach Informationen maßgebender Kreise soll als nächster Punkt der Besetzungszone Sprockhövel gelten, das auch mit Truppen besetzt worden ist. Damit schließen Barmen und Elberfeld aus der Besetzungszone aus. Die heute morgen hier verbreiteten Nachrichten, daß Gevelsberg und Schwelb besetzt worden sind, sind ebenfalls unzutreffend.

Logische Folge: nach Berlin!

WTB. London, 16. Jan. (Drahtb.) „Daily News“ schreiben: Das Audiodrama entwickelt sich rasch. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das deutsche Volk als Ganzes tief bewegt wurde durch den tödlichen Schlag, der von dem Heere des Marschalls Koch gegen das Reich gerichtet wurde. Wenn es Frankreich durch eine riesige Entlastung seiner militärischen Macht gelingt, die deutsche Regierung oder die deutschen Arbeiter einzuschüchtern, so ist das logische Ende des französischen Marsches nach Osten Berlin, dessen Besetzung Frankreich vielleicht für notwendig halten werde, um politisch und wirtschaftlich die Angelegenheiten Deutschlands zu kontrollieren. Nach allem, was bekannt ist, sei dies vielleicht der vorläufige Entschluß Frankreichs. Es würde eine süße, aber kurzlebige Rache sein. Frankreich würde nicht gewinnen, wenn es Berlin besetzt und ein 60-Millionen-Volk in Knechtschaft halte. Es würde keine Wiederherstellung erhalten und erhalte sie vielleicht auch nicht. Auf jeden Fall werde es keine Sicherheiten erhalten. Die französischen Truppen würden sich nicht dauernd über ganz Deutschland ausbreiten können, und wenn sie sich zurückzögen, so würden sie mit leeren Händen gehen und hinter sich lassen den nicht zerfallenden Staat einer Nation, die nur auf die Gelegenheit warte, wieder zuzuschlagen. Je mehr das Audiodrama untersucht werde, um so sinnervoller erschienen alle Möglichkeiten.

Spende des Papstes.

In diesen für unser Vaterland so niederdrückenden Trauertagen hat der Papst für die deutschen Kriegerkinder die Summe von 600.000 Lire (etwa 300 Millionen Mark) gespendet. Die drei deutschen Botschafter von München, Breslau und Wien wurden davon, wie die „Köln. Volksztg.“ berichtet, benachrichtigt. Die Summe wird, wie die übrigen Spenden, auf dem deutschen Botschafter in Venedig verteilt werden.

Für Wuppertal-Geldern.

GA. Berlin, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Das Reich hat an Entschädigungsmitteln für das abgetretene Gebiet 500 Millionen Mark, für das Sanktionsgebiet von 1921, also Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort, eine Milliarde Mark und für das neudefinierte Ruhrgebiet ebenfalls eine Milliarde Mark ausgesetzt.

Die neuen „Verfehlungen“.

GA. Paris, 16. Jan. (Eig. Drahtb.) Ueber den französisch-belgischen Antrag an den Wiederherstellungsausschuss, neue abtätliche Verfehlungen Deutschlands in der heutigen Sitzung festzustellen, teilt „Petit Parisien“ folgendes mit: Poincare richtete am Sonntag einen Brief an Barthou, und lenkte seine Aufmerksamkeit auf vier Arten von Verfehlungen, deren Deutschland sich schuldig gemacht habe:

1. Die abtätliche Einstellung von Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien seit einigen Tagen;
2. Die Einstellung der Lieferungen von Vieh an die Länder;
3. Verfehlungen in Bezug auf die Lieferung von Vorkriegsmaterial;
4. Verfehlungen hinsichtlich der Ausführung der ganzen öffentlichen Arbeiten.

Da diese beiden letzteren Punkte eine Prüfung durch Sachverständige notwendig erscheinen lassen, hat man sie zunächst provisorisch beiseite gelassen. Barthou hat sich jedoch gestern mit seinem belgischen Kollegen De Le Croix über den Text eines gemeinsamen Briefes geeinigt, durch den die beiden den Wiederherstellungsausschuss mit den Verfehlungen befaßten, die Deutschland seit dem französischen Eindringen in das Ruhrgebiet begangen habe.

In diesem französisch-belgischen Brief wird zunächst daran erinnert, daß am 12. Januar die Reichsregierung ihre Absicht kundgegeben hat, die Lieferungen von Kohlen für Frankreich und Belgien einzustellen. Am 13. Januar ließ Herr Thibien in Offen wissen, daß die deutsche Regierung sich weigere, die Besetzung des Ruhrgebietes für die Lieferungen an die beiden genannten Alliierten schuldig zu halten. Am gleichen Tage wurden tatsächlich alle Kohlenlieferungen eingestellt. Der Brief erinnert weiter daran, daß seit dem 12. Januar die mit Vieh und Pferden beladenen Züge, die nach Frankreich und Belgien bestimmt waren, in den deutschen Bahnhöfen angehalten worden sind. Die deutschen Behörden, die mit der Durchführung dieser Entlassungen beauftragt worden waren, ließen den Ausfuhrzügen Barthou und De la Croix zufolge am 15. Januar wissen, daß diese speziellen Entlassungen vorläufig eingestellt seien. Obwohl andere Entlassungen noch durchgeführt werden, scheinen Barthou und De la Croix voraussetzen, daß der Befehl zur allgemeinen Einstellung der Entlassungen vorläufig bald vom Reich erteilt wird. Sie verlangen insofern von der Reichsregierung, daß sie mit Dringlichkeit diese Verfehlungen entsprechend dem Vertrage von Versailles feststelle.

Die Kommission in ihrer Gesamtheit, schreibt der „Petit Parisien“, scheint im Abriken dieser Anforderung nachgekommen zu sein. Während im allgemeinen die normale Kritik in betrieblichen Kreisen wenigstens 24 Stunden betragt, hat hier Barthou erreicht, daß die Kommission heute vormittag um 11 Uhr zusammentritt, um über diese Frage zu beraten. Im Abriken ist es nicht unmöglich, daß sich unverzüglich neue Verfehlungen benennen anschließen, von denen die Rede ist. So erfuhr man nämlich gestern abend die abtätliche und vollkommene Einstellung aller Holzlieferungen an Frankreich und Belgien.

Der unverhüllte englische Standpunkt.

Was wir von England zu halten haben.

GA. London, 15. Jan. (Eig. Drahtb.) Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Mac Neil, hat in Canterbury eine wichtige Erklärung über die englische Haltung hinsichtlich der französischen Operation im Ruhrgebiet abgegeben und über die Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Frage, wie Deutschland zum Zahlen gezwungen werden könne. Über das Ziel, so erklärte er, bestände zwischen den beiden Regierungen volle Übereinstimmung. Frankreich sowohl wie England seien fest entschlossen, Deutschland bis zum äußersten zuzahlen zu lassen und dies so schnell als möglich. Es ist aber, so hob der Unterstaatssekretär hervor, auch hier wieder die alte Geschichte von dem Huhn mit den goldenen Eiern. Die Franzosen wollen die deutschen Kohlenlieferungen einstellen und ihm sogar den Hals abbrechen, die Engländer wollen es erlauben, damit es später Eier legen kann. Wir empfinden für diese Tatsache keinerlei Sympathie, aber wir wollen Eier haben. Der Unterstaatssekretär betonte dann besonders die Tatsache, daß Bonar Law Deutschland gegenüber keinerlei Nachdruck zu entziehen sei, daß ihn der Gedanke, zur Gewalt zu greifen, keineswegs erschrecke, aber daß er der Ansicht sei, daß dies gegenwärtig nicht das beste Mittel ist. Nicht, weil wir der Ansicht sind, die französische Politik sei an und für sich ungerecht, sondern weil ihre Wirksamkeit. Wir tun dies nur deshalb, weil wir überzeugt sind, daß sie dem Ergebnis schaden wird, das man zu erreichen hofft. Jedenfalls sollte sich niemand einbilden, daß wir, wenn der Versuch im Ruhrgebiet unserer Voraussetzungen gegeben sollte, irgendwelche Genugtuung darüber empfinden würden. Wenn durch einen außerordentlichen Zufall und entgegen den Voraussetzungen aller Leute in Europa wie Amerika, die besten Richter in dieser Materie sind, die Ruhrbesetzung tatsächlich Reparationen einbringen sollte, so würde sich niemand mehr freuen als wir. (Wir sind niemals darüber im Zweifel gewesen, daß England lediglich aus dem Her von Mac Neil so wundervoll klar und gesprochenen Grund für Politik gegen Deutschland und Frankreich aufgebracht hat.)

Der Maritzug und England.

GA. London, 16. Jan. (Eig. Drahtb.) In der Zeit der großen Kulturen über den unteren Mittelboden und keltischen Sturz der Marz. Unter den ausendlichen Verhältnissen ist es unmöglich zu sein, wie die deutschen Denkmäler noch zu sein werden. Es wird daher als ein Wunder angesehen, daß der französische Franken nicht mehr entwertet ist als der Franken für ein Pfund. Die Möglichkeit eines späteren finanziellen Chocs auf dem Kontinent wird mit großer Angst und Sorge gesehen.

[illegible]

